

Lärmvorschriften für schwere Nutzfahrzeuge soll nicht aufgeschoben werden.

Der Bundesrat würde eine europäische Koordination der Lärm- und auch der Abgasvorschriften sehr begrüßen. Die in Aussicht genommenen Vorschriften wurden entsprechend unseren internationalen Verpflichtungen notifiziert, doch kam eine Harmonisierung, die unseren Zielvorstellungen entsprechen würde, leider nicht zustande.

– Nach den bisherigen Erfahrungen können die neuen Lärmvorschriften bei Anwendung anderer technischer Massnahmen ohne eine Vollkapselung der Motoren erfüllt werden, so dass die geäusserten Befürchtungen unbegründet sind.

– Das in der Schweiz verlangte Leistungsgewicht von 7,35 kW/t (10 PS/t) für Motorwagen, Anhängerzüge und Sattelmotorfahrzeuge bedingt bei dem hierzulande höchstens zulässigen Gesamtzugsgewicht von 28 t eine Mindestmotorleistung von 205,8 kW (280 PS). Gemessen an den heute – gerade auch im Ausland – üblichen Motorleistungen stellt diese Vorschrift keine Einschränkung mehr dar.

Die neuen Lärmvorschriften stehen deshalb in keinem Zielkonflikt zu unseren Bestimmungen über die Mindestmotorleistung.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt.

86.525

Interpellation Nauer

Durchsetzung der Geschwindigkeitslimiten

Respect des limitations de vitesse

Wortlaut der Interpellation vom 19. Juni 1986

In unserem Rat ist wiederholt auf den Zerfall der Fahrdisziplin hinsichtlich Einhaltung der Tempolimiten auf den Autobahnen und auf dem übrigen Strassennetz hingewiesen worden.

Ist der Bundesrat bereit, jenen Kantonen die Strassenbausubventionen zu kürzen, die sich ungenügend für die Durchsetzung der Tempolimiten einsetzen?

Texte de l'interpellation du 19 juin 1986

Les automobilistes respectent de moins en moins les limitations de vitesse imposées sur les autoroutes et sur le reste du réseau routier. Ce déclin de la discipline des automobilistes a été relevé à plusieurs reprises au sein du Conseil national.

Le Conseil fédéral est-il disposé à diminuer les subventions aux constructions routières des cantons qui ne veillent pas au respect des limitations de vitesse avec la rigueur nécessaire?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Bircher, Braunschweig, Gloor, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch, Neukomm, Ott, Pitteloud, Renschler, Ruffy, Stamm Walter, Stapf, Uchtenhagen (19)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 10. September 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 10 septembre 1986

Die Durchsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten gehört zu den Daueraufgaben der kantonalen Polizeikorps. Insbesondere bei Herabsetzungen der allgemeinen

Tempolimiten sind Sonderanstrengungen – durch wiederholte Information sowie offene und verdeckte Kontrollen – nötig, um die Fahrzeugführer an die neuen Geschwindigkeitsgrenzen zu gewöhnen. Nach jeder Herabsetzung allgemeiner Tempolimiten kommt anfänglich der Eindruck einer gewissen Verschlechterung der Fahrdisziplin auf. Die Fahrzeugführer müssen sich erst an die neuen, tieferen Limiten gewöhnen. Diese Angewöhnungszeit dauert natürlich länger, wenn die neuen Limiten von vielen Fahrzeugführern als nicht den Verhältnissen angepasst empfunden werden. Bei der letzten, aus Gründen des Umweltschutzes angeordneten Temporeduktion auf 80 bzw. 120 km/h scheint dies verbreitet der Fall gewesen zu sein. Abklärungen bei mehreren Kantonen haben ergeben, dass die Uebertretungsquoten bei den im Jahre 1985 durchgeführten Kontrollen durchschnittlich bei 6 bis 8 Prozent liegen und 1986 steigende Tendenz aufweisen. Gegenüber den bei Tempo 100/130 festgestellten Uebertretungen bedeutet dies eine massive Steigerung.

Diese Feststellung wird durch die Entwicklung der Strassenverkehrsunfälle bestätigt. Zwar geht aus den vom Bundesamt für Statistik publizierten Angaben über die Entwicklung der Strassenverkehrsunfälle hervor, dass sich in den vergangenen Jahren das Unfallgeschehen ganz allgemein günstig entwickelt hat. Während die geschätzte Fahrleistung auf Schweizerstrassen zwischen 1970 und 1985 um rund 2/3 zunahm, ging die Zahl der Unfälle um rund 4 Prozent, die Zahl der Verletzten um knapp 20 Prozent und die Zahl der Toten auf fast die Hälfte zurück. Leider wurde diese erfreuliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1986 abrupt unterbrochen. Bei einem um 5 Prozent gestiegenen Verkehrsaufkommen stieg die Zahl der Unfälle um 7,4 Prozent, die der Verletzten um 4,5 Prozent und die der tödlich Verunfallten um rund 28 Prozent.

Ein halbes Jahr ist ein zu kurzer Zeitraum, um Rückschlüsse auf die längerfristige Entwicklung der Strassenverkehrsunfälle oder der Fahrdisziplin der Fahrzeugführer zu erlauben. So kann auch die zufällige Häufung schwerer Unfälle in einem einzelnen Kanton zu einem verzerrten Bild führen. Dennoch wird der Bund, der einer konsequenten Durchsetzung der Geschwindigkeitslimiten schon bis anhin grosse Bedeutung beimass, in dieser Angelegenheit erneut an die Kantone gelangen.

Das Treibstoffzollgesetz (SR 725.116.2) vom 22. März 1985 regelt die Aufwendungen des Bundes für die Strassenkosten. Das Gesetz enthält keine Rechtsgrundlage, um Kantonen die Strassenbausubventionen zu kürzen, falls sie sich ungenügend für die Durchsetzung der Tempolimiten einsetzen sollten.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates befriedigt.

86.464

Interpellation Oehen

Untersuchung gegen Chefbeamte des Bundes

Enquêtes disciplinaires à l'encontre de fonctionnaires supérieurs

Wortlaut der Interpellation vom 3. Juni 1986

Im Zusammenhang mit meinen Bemühungen, zur vermehrten Respektierung und Durchsetzung der vom Gesetzgeber erlassenen Normen beizutragen, stellen sich heute, ausgelöst durch den Fall Cadrolina SA/Bundesamt für Justiz, Sektion «Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland» einige grundsätzliche Fragen.

1. Worin besteht die verfassungsmässige Gleichheit vor dem Gesetz, wenn für eine bestimmte Rechtsverletzung jeder

nicht beamtete Bürger ohne weiteres in ein Strafverfahren verwickelt würde, ein Beamter in gewissen Fällen aber zumindest eine faktische Immunität gegen Strafanzeigen resp. Strafverfolgungen geniessen?

2. Nach welchen Kriterien resp. welcher Methodik gewährt der Bundesrat seinen Beamten Schutz vor disziplinarischen Untersuchungen oder Strafverfahren?

3. Braucht es ein abgeschlossenes Gerichtsverfahren auf kantonaler oder Bundesebene mit rechtsgenügenden Beweisen gegen einen verdächtigen Beamten, bis ein disziplinarisches Verfahren eröffnet wird, sofern das Begehren von ausserhalb der Verwaltung gestellt wird?

Texte de l'interpellation du 3 juin 1986

Dans la ligne des efforts que j'entreprends en vue de faire mieux respecter et appliquer les normes fixées par le législateur, il convient aujourd'hui de poser quelques questions de principe découlant du cas Cadrolina SA/Office fédéral de la justice, section «Acquisition d'immeubles par des personnes domiciliées à l'étranger».

1. Qu'en est-il de l'égalité devant la loi inscrite dans la constitution lorsque, dans le cas d'une violation du droit, tout citoyen qui n'est pas fonctionnaire peut facilement se trouver impliqué dans une procédure pénale alors qu'un fonctionnaire jouit pour le moins d'une immunité de fait dans certains cas de plaintes pénales ou de poursuites pénales?

2. Selon quels critères et par quels moyens le Conseil fédéral protège-t-il ses fonctionnaires en cas d'enquête disciplinaire ou de procédure pénale?

3. Lorsque des soupçons pèsent sur un fonctionnaire, faut-il attendre qu'un jugement définitif ait été rendu, sur la base de preuves suffisantes, par les instances cantonales ou fédérales pour que l'on ouvre une procédure disciplinaire lorsque la demande en a été déposée par des milieux étrangers à l'administration?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Am 17. Oktober 1983 erhielt die zuständige Sektion eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Cadrolina SA mit detaillierten Beweisunterlagen. Ohne eigene Untersuchungen anzustellen, übertrug die zuständige Sektion am 21. Oktober 1983 die Untersuchung der zuständigen, kantonalen Amtsstelle.

Der daraus resultierende Rapport (Ende 1984), der zweifellos dem Bundesamt für Justiz zur Kenntnis gebracht wurde, wies zahlreiche rechtswidrige Aktionen nach. Spätestens damit hätte die zuständige Amtsstelle des Bundes alarmiert sein müssen.

Am 20. Juli 1984 forderte ich in einer persönlichen Besprechung den zuständigen Beamten auf, die ganze Angelegenheit – basierend auf den vorerwähnten Beweisunterlagen – zu überprüfen. Die schriftliche Antwort vom 21. September 1984 enthielt schwerwiegende Unwahrheiten, die in einem Schreiben vom 3. Oktober 1984, untermauert mit 14 Beweisunterlagen, als solche belegt wurden.

In meiner Einfachen Anfrage vom 10. Dezember 1984 wies ich in Frage 5 darauf hin, dass es befremdlich sei, wenn ein hoher Bundesbeamter seine recherchierten Auskünfte zugegebenerweise wesentlich auf Aussagen des Verdächtigten abstützt.

In Kenntnis der gesamten Sachlage musste die Behauptung in der bundesrätlichen Antwort, es seien umfangreiche eigene Erhebungen gemacht worden, ungläubwürdig erscheinen.

Vorgängig hatte das Bundesamt für Justiz mit Brief vom 24. November 1984 eine detaillierte, belegte Zusammenstellung über die vermögensrechtlichen Verhältnisse des Alleinaktionärs der Cadrolina SA erhalten. Diese und weitere Unterlagen vom 4. Dezember 1984, 4. Januar 1985 und 20. März 1985 lieferten einwandfreie Beweise, welche zwingend ein sofortiges Eingreifen des Bundesamtes erfordert hätten. Statt dessen hat der zuständige Chefbeamte wieder-

holt behauptet, es lägen keine Beweise für eine Verletzung der «Lex Furgler» vor.

Trotz wiederholter Aufforderung des zuständigen Departementes – zuletzt am 14. Mai 1986 – lehnte dieses die Eröffnung einer Disziplinaruntersuchung ab. Dabei darf angenommen werden, dass die zuständigen Stellen vom umfangreichen Beweismaterial Kenntnis hatten.

Dem Vernehmen nach hat nun aber der zuständige Chefbeamte schon etwa 2 Monate vorher gegenüber der Staatsanwaltschaft Lugano die Vergehen gegen die «Lex Furgler» bestätigt. Die gleichzeitig geäusserte Erklärung, früher nicht im Besitze der beweiskräftigen Unterlagen gewesen zu sein, wirft ein merkwürdiges Licht auf die in der zuständigen Sektion in diesem Falle angewandte Arbeitsmethode.

Am 21. Mai 1986 hat nun «L'autorità cantonale di sorveglianza per l'applicazione della L.F.» entschieden, die Auflösungsklage gegen die Cadrolina SA einzuziehen.

Damit scheinen mir – angesichts der skizzierten Vorgänge – die Voraussetzungen für eine Disziplinaruntersuchung gegeben. Es sei denn, es lägen mir unbekannt Gründe vor, welche den involvierten Beamten vor der Einleitung von Disziplinar- oder Strafmassnahmen schützen.

Das Studium des gesamten Dossiers beweist jedenfalls, dass die massiven Vorwürfe von betroffener Seite an die Adresse der Aufsichtsorgane mehr als berechtigt waren. Meines Erachtens kann der Fall keinesfalls als abgeschlossen betrachtet werden.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 20. August 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 20 août 1986

Die Cadrolina erstellte in den siebziger Jahren in Cadro bei Lugano ein bedeutendes Ferienzentrum (Ferienwohnungen, Aparthotel, Sportanlagen) und verkaufte die meisten Wohnungen mit Bewilligung der zuständigen Behörden an Ausländer. Die Alamak SA, Lugano, realisierte einen Teil der Anlage als Generalunternehmerin, seither sind zwischen ihr und der Cadrolina zivilrechtliche Auseinandersetzungen wegen Nichterfüllens des Vertrages im Gange, über die der Zivilrichter von Lugano zu entscheiden hat.

Bereits in der Einfachen Anfrage Oehen vom 10. Dezember 1984 wurden der Cadrolina im Zusammenhang mit der in Frage stehenden Ueberbauung Verstösse gegen die Lex Furgler vorgeworfen und ein Entscheid des Bundesamtes für Justiz als unverständlich gerügt. Hiezu wird auf die Antwort des Bundesrates vom 4. März 1985 verwiesen.

In ihrer Aufsichtseingabe vom 18. Oktober 1985 an die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates behauptete die Alamak erneut, die Cadrolina habe unter Mithilfe von Beamten des Kantons Tessin und des Bundesamtes für Justiz, das als eidgenössische Aufsichtsbehörde über die Einhaltung der Lex Furgler zu wachen hat, die Bestimmungen über den Grundstückserwerb durch Ausländer verletzt. Die Cadrolina habe ferner in unzulässiger Weise zur Finanzierung der Ueberbauung Gelder aus Deutschland beigezogen.

Die Behörden von Kanton und Bund hatten die Angelegenheit sowohl in den siebziger Jahren als auch 1984/1985 unter Beizug von ausgewiesenen Bücherexperten geprüft; dabei waren sie zum Schluss gekommen, dass sich eine Verletzung der Lex Furgler nicht nachweisen lasse.

Falls sich nachträglich herausstellen sollte, dass die Cadrolina unrechtmässig Auslandgelder beigezogen hat, blieben strafrechtliche Sanktionen vorbehalten. Zivilrechtlich hätte eine allfällige Verletzung der Lex Furgler allerdings keine Folgen mehr, weil die Cadrolina die Wohnungen an Dritte veräussert hat und deshalb ein allfälliger Mangel zivilrechtlich als geheilt zu betrachten wäre.

Nach umfassender Prüfung der Eingabe der Alamak ist die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates am 20./21. Mai 1986 zum Ergebnis gelangt, dass das Bundesamt für Justiz seiner Aufsichtspflicht im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten nachgekommen ist und den zuständigen Beamten keine Pflichtverletzung zur Last gelegt werden

kann. Im übrigen teilte die Staatsanwaltschaft Lugano dem Eidg. Justiz- und Polizeidepartement am 5. Juni 1986 mit, es sei nicht vorgesehen, der Strafanzeige der Alamak vom 5. März 1986 gegen Beamte des Bundesamtes für Justiz und verschiedener kantonaler Instanzen Folge zu geben, da keinerlei strafbare Handlungen ersichtlich seien. Unter diesen Umständen besteht auch für die Bundesbehörden kein Anlass, eine Disziplinaruntersuchung oder gar ein Strafverfahren gegen Beamte des Bundesamtes für Justiz einzuleiten.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt.

86.513

Interpellation de Chastonay
Europäische Menschenrechtskonvention.
Vorbehalte des Bundesrates
Convention européenne des droits de l'homme. Réserves du Conseil fédéral

Wortlaut der Interpellation vom 19. Juni 1986

Angesichts der Entscheide von Strassburg (vom 26. Oktober 1984 in Sachen de Cubber) und des Bundesgerichtes frage ich den Bundesrat:

1. Ist er nicht der Ansicht, dass die Vorbehalte, die seinerzeit gegenüber der Europäischen Menschenrechtskonvention angebracht wurden, besonders jene gegenüber Artikel 6 Absatz 1, ausser acht gelassen oder zumindest falsch ausgelegt worden sind oder sich als unzureichend erwiesen haben?
2. Meint er nicht, es sei zu prüfen, ob man gegenüber der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht neue Vorbehalte anbringen sollte, um weitere unzulässige Eingriffe in Verfahrensfragen, die in unserem Land einzig und allein kantonalem Recht unterstehen, zu verhindern?

Texte de l'interpellation du 19 juin 1986

Au vu des décisions judiciaires prises à Strasbourg (affaire de Cubber du 26 octobre 1984) et du Tribunal fédéral suisse, le Conseil fédéral n'est-il pas de l'avis

1. que les réserves exprimées en son temps à propos de la Convention européenne des droits de l'homme, notamment de l'article 6, alinéa 1, ont été violées ou du moins mal interprétées ou encore se sont avérées insuffisantes;
2. qu'il convient de réexaminer l'opportunité d'émettre de nouvelles réserves à propos de la CEDH aux fins de prévenir de nouvelles ingérences inadmissibles dans des problèmes de procédure qui relèvent exclusivement, dans notre pays, du droit cantonal.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Le Tribunal fédéral a récemment fait sien un arrêt de la Cour européenne des droits de l'homme du 26 octobre 1984 (arrêt de Cubber) qui impose, en matière civile et pénale, de séparer totalement la juridiction d'instruction ou d'accusation de celle de jugement.

La décision du Tribunal fédéral, dont les considérants n'ont pas encore été publiés à ce jour, comportera de graves conséquences financières pour les cantons concernés, soit le Jura, Berne, Fribourg et le Valais. Il n'est pas certain, d'ailleurs, que dans ces cantons, qui connaissent le référendum financier obligatoire, les dépenses supplémentaires qui résultent des modifications à apporter à l'appareil judiciaire soient acceptées par l'électorat.

Par ailleurs, cette décision du Tribunal fédéral n'amènera pas nécessairement, pour le justiciable et pour tous les aspects subjectifs de son cas, des garanties supplémentaires d'impartialité de l'instance judiciaire, ce, compte notamment tenu des nuances, sensibilités et mentalités qui, dans notre pays, sont différentes d'un canton à l'autre.

Lors de la ratification de la Convention européenne des droits de l'homme, en date du 28 novembre 1974, le Conseil fédéral a émis d'expresses réserves quant à la teneur de l'article 6, alinéa premier de la CEDH – qui garantit un procès «équitable» – base de l'arrêt de la Cour de Strasbourg et du Tribunal fédéral.

Or, ces réserves avaient précisément pour but de sauvegarder et de préserver l'autonomie des cantons suisses en matière de réglementation propre de leurs codes de procédures civile et pénale.

Elles se révèlent maintenant insuffisantes au vu des décisions judiciaires précitées.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 27. August 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 27 août 1986

L'interpellateur estime que certaines décisions de la Cour européenne des droits de l'homme (arrêt de Cubber du 26 octobre 1984) et arrêts du Tribunal fédéral du 4 juin 1986 ont porté des atteintes inadmissibles à des institutions cantonales de procédure pénale.

Le 4 juin 1986, le Tribunal fédéral a rendu trois arrêts de principe sur une institution de procédure pénale valaisanne qui confie à un même magistrat la tâche d'instruire l'affaire et de la juger au fond (on sait que ce système du juge unique est également connu dans les cantons de Berne, de Fribourg et du Jura). Le Tribunal fédéral a estimé que cette double fonction posait un problème de compatibilité avec l'article 6, alinéa premier, la Convention européenne des droits de l'homme (droit à un procès équitable, qui inclut notamment la garantie d'un tribunal indépendant). Bien que le Conseil fédéral n'ait pas encore connaissance des motifs écrits de ces arrêts, il peut d'emblée relever ce qui suit en réponse aux deux questions posées par l'interpellateur.

1. La question évoquée dans l'interpellation n'a fait l'objet d'aucune réserve par le Conseil fédéral lorsque ce dernier a ratifié la Convention européenne des droits de l'homme. Les réserves et déclarations interprétatives portant sur l'article 6, alinéa premier de la Convention ont pour objet le principe de la publicité et la notion de contrôle judiciaire final. En l'absence de réserve, il ne saurait y avoir de violation ou de mauvaise interprétation de celle-ci.

Sur un plan général, le Conseil fédéral ne partage pas les préoccupations qui sont à la base de l'interpellation. Comme il l'a rappelé à plusieurs reprises, la dernière fois dans son troisième rapport sur la Suisse et les conventions du Conseil de l'Europe, du 22 février 1984 (FF 1984 I 792, 851), le Conseil fédéral estime que le bilan de nos expériences avec la Convention européenne des droits de l'homme est largement positif. Cet instrument n'a entraîné pour notre pays aucune conséquence négative du point de vue de notre souveraineté et n'a pas non plus eu de répercussion négative sur la structure de nos institutions.

2. La formulation de réserves à la Convention européenne des droits de l'homme n'est possible, en vertu de l'article 64 de cet instrument, qu'au moment de la signature de la convention ou du dépôt de l'instrument de ratification par l'Etat en cause. En 1974, le Conseil fédéral n'a pas jugé nécessaire de formuler une réserve sur la question du juge instructeur/juge unique. Il estimait, compte tenu des conceptions reçues à l'époque, que cette institution procédurale était compatible avec la notion de juge indépendant et impartial garanti par l'article 6 de la Convention.

Le 26 octobre 1984, la Cour européenne des droits de l'homme, investie de la fonction d'interpréter la Convention (art. 19 et 45 CEDH), a rendu un arrêt de Cubber, qui présente un intérêt direct pour la question considérée. Le Tribunal fédéral a tenu compte de cette jurisprudence européenne en rendant ses arrêts du 4 juin 1986. De manière

Interpellation Oehen Untersuchung gegen Chefbeamte des Bundes

Interpellation Oehen Enquêtes disciplinaires à rencontre de fonctionnaires supérieurs

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.464
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1497-1499
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 703

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.